

Selbstanzeige nach § 29 FinStrG

Kommentar - Mit Anmerkungen von Otto Plückhahn

Bearbeitet von
Norbert Schrottmeyer

3., aktualisierte Auflage 2016 2016. Buch. 392 S. Hardcover

ISBN 978 3 7073 3148 6

Format (B x L): 15,5 x 22,5 cm

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Recht des Auslands > Ausländisches Recht: Österreich](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text "beck-shop.de" in a bold, red, sans-serif font. Above the "i" in "shop" are three red dots of increasing size. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenbeschreibung	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXIII
I. Einführung	2
A. Entstehungsgeschichte	2
1. Einleitung	2
2. Stammfassung des § 29 (1958)	3
a) Regierungsvorlage	3
b) Erläuternde Bemerkungen	4
c) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses	5
d) Gesetzestext	5
e) Inkrafttretensregelung	6
3. Finanzstrafrechtsreform 1975	7
a) Regierungsvorlage	7
b) Erläuternde Bemerkungen	8
c) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses	10
d) Gesetzestext	11
e) Inkrafttretensregelung	12
4. Finanzstrafgesetznovelle 1985	12
a) Regierungsvorlage	12
b) Erläuternde Bemerkungen	13
c) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses	13
d) Gesetzestext	13
e) Inkrafttretensregelung	13
5. Finanzstrafgesetznovelle 2010	14
a) Regierungsvorlage	14
b) Erläuternde Bemerkungen	15
c) Gesetzestext	17
d) Inkrafttretensregelung	17
6. Abgabenänderungsgesetz 2012	18
a) Regierungsvorlage	18

b) Erläuternde Bemerkungen	18
c) Gesetzestext	18
d) Inkrafttretensregelung	18
7. Abgabenänderungsgesetz 2014	19
8. Finanzstrafgesetznovelle 2014	19
a) Regierungsvorlage	19
b) Erläuternde Bemerkungen	20
c) Bericht des Finanzausschusses	21
d) Gesetzestext	21
e) Inkrafttretensregelung	22
B. Dogmatische Einordnung	22
1. Die Selbstanzeige als Strafaufhebungsgrund	22
2. Die Selbstanzeige als materielles und formelles Recht	23
C. Auslegungsgrundsätze bei der Selbstanzeige	24
1. Das FinStrG als Blankettstrafrecht	24
2. Auslegungsregeln	25
a) Einleitung	25
b) Verfassungskonforme Interpretation	26
c) Teleologische Interpretation	27
3. Prüfungsmaßstab der Kriterien der Selbstanzeige	28
a) Rein objektive Prüfung	28
b) (Un)maßgeblichkeit der Irrtumsregelung	29
c) Vertretbare Rechtsansicht	29
d) Unschuldsvermutung	31
4. Selbstanzeige als Ausnahmeregelung	31
D. Verfassungsrechtliche Aspekte der Selbstanzeigebestimmung ...	34
1. Der Nemo-tenetur-Grundsatz	34
2. Spannungsfeld bei Außenprüfungen	36
3. Pflichten aus § 139 BAO	36
4. Verfassungsrechtliche Beurteilung der Selbstanzeige- bestimmung	37
5. Prüfung des Gleichheitssatzes	38
6. Möglichkeiten zur Bekämpfung vor dem VfGH	40
7. Plückhahn: Zu den verfassungsrechtlichen Aspekten	41
E. Selbstanzeige und Günstigkeitsvergleich	43
1. Einleitung	43
2. Anwendbarkeit des Günstigkeitsvergleiches	43
3. Maßgebende Zeitpunkte für den Günstigkeitsvergleich	43
4. Rechtslage wird günstiger	46
5. Ausdrückliche Regelung über das anzuwendende Recht	46

II. Rechtsvergleiche	47
A. Österreichische – deutsche Selbstanzeigebestimmung	47
B. Selbstanzeige – Rücktritt vom Versuch	49
1. Einleitung	49
2. Fallkonstellationen, bei denen Selbstanzeige nicht mehr möglich ist, jedoch Rücktritt vom Versuch	52
C. Selbstanzeige – Tätige Reue bei Vermögensdelikten	53
D. Selbstanzeige – Strafaufhebungsmöglichkeiten bei Sozialbetrug ...	54
1. Einleitung	54
2. Vorenthaltung von Dienstgeberbeiträgen zur Sozial- versicherung	55
3. Betrügerisches Anmelden zur Sozialversicherung oder Bauarbeiter-Urlaubs und Abfertigungskasse	56
III. Anwendungsbereich der Selbstanzeige	56
A. Umfasste Finanzvergehen bzw Abgaben	56
1. Finanzvergehen	56
2. Abgaben und Monopole	57
B. Selbstanzeige im Versuchsstadium	60
C. Selbstanzeige für Verbände iSd VbVG	61
D. Selbstanzeige und Verjährung	62
IV. Voraussetzungen einer strafbefreienden Selbstanzeige im Überblick	63
A. Einleitung	63
B. Darlegung der Verfehlung – Offenlegung der bedeutsamen Umstände	63
C. Schadensgutmachung/Abgabenerhöhung	63
D. Täternennung/Anzeiger	64
E. Rechtzeitigkeit	64
V. Darlegung der Verfehlung	64
A. Erforderliche Qualität und Umfang	65
1. Inhaltliche Anforderungen	65
2. Vollständige Darlegung der Verfehlung	66
3. Teilweise Darlegung der Verfehlung	66
4. Falsche Darlegung der Verfehlung	67
5. Ergänzungsmöglichkeiten	68
6. Darlegung der Verfehlung bei abgabenrechtlich verjährten Abgaben	69
B. Adressat der Selbstanzeige	70
1. Einleitung	70
2. Zollämter	70

3. Finanzämter	71
4. Bei Prüfungen	72
5. Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaft oder Gerichte	74
C. Form der Darlegung der Verfehlung	74
1. Maßgebende Rechtsvorschriften – Selbstanzeige als Anbringen	74
2. Die Selbstanzeige als Anbringen nach § 85 oder § 86 BAO? ...	76
3. Ausgestaltungserfordernisse	77
a) Formerfordernisse	77
b) Bezeichnung als Selbstanzeige	77
c) Unterfertigung der Selbstanzeige	78
4. „Vorsorgliche“ Darlegung der Verfehlung	79
5. Darlegungsmöglichkeiten	82
a) Einleitung	82
b) Mündliche Selbstanzeige	82
c) Kombinierte schriftliche und mündliche Selbstanzeige ...	83
d) Telefonische Selbstanzeige	84
e) Telegrafische Selbstanzeige	85
f) Selbstanzeige per E-Mail	85
g) Selbstanzeige per FinanzOnline	86
6. Ausdrückliche bzw konkludente Darlegung der Verfehlung ..	87
a) Einleitung bzw Abgrenzung	87
b) Ausdrückliche Darlegung der Verfehlung	88
c) Ausdrückliche Darlegung der Verfehlung als Schuld- eingeständnis	89
d) Konkludente Darlegung der Verfehlung	90
aa) Konkludente Darlegung bei Selbstbemessungs- abgaben – gleichzeitige Erfüllung der Offenlegung der bedeutsamen Umstände	90
bb) Jahresumsatzsteuererklärung als Selbstanzeige für UVA-Delikte	93
cc) Konkludente Darlegung bei bescheidmäßig festzusetzenden Abgaben	94
dd) Konkludente Selbstanzeige durch Übergabe von Unterlagen	97
D. Person des Anzeigerstatters	98
E. Widerruf der Selbstanzeige	99
F. Selbstanzeige und Rechtsmittel	99
1. Rechtsmittel wegen abweichender abgabenrechtlicher Qualifikation	99
2. Rechtsmittel wegen Abgabensfestsetzung dem Grunde nach ..	101
3. Rechtsmittel wegen Änderung des Sachverhaltes	102

VI. Offenlegung der bedeutsamen Umstände	102
A. Erforderliche Qualität und Umfang	102
1. Inhaltliche Anforderungen	102
2. Vollständige Offenlegung der bedeutsamen Umstände	104
3. Teilweise Offenlegung der bedeutsamen Umstände	104
4. Ergänzungsmöglichkeiten	105
5. Offenlegung bei abgabenrechtlich verjährten Abgaben	106
B. Zuständige Behörden	109
C. Geschätzte Selbstanzeige	109
1. Meinungsstand	109
a) Judikatur	109
b) Literatur und Verwaltungspraxis	111
2. Zulässige Gründe	113
3. Voraussetzungen für die Anerkennung	114
4. Konsequenzen bei Fehlschätzungen	114
a) Zu niedrige Schätzung	114
b) Zu hohe Schätzung	116
c) Kompensationsmöglichkeit zwischen den angezeigten Zeiträumen	116
5. Praxishinweis	117
VII. Schadensgutmachung	118
A. Einleitung	118
B. Historische Entwicklung	118
C. Maßgeblichkeit der BAO für Auslegungsfragen	119
D. Maßgeblichkeit von § 29 Abs 2 für die abgabenrechtlichen Entrichtungsvorschriften	121
E. Definition des zu begleichenden Schadens	121
F. Erforderlicher Umfang	122
1. Vollständige Schadensgutmachung	122
2. Teilweise Schadensgutmachung	122
3. Schadensgutmachung bei abgabenrechtlich verjährten Abgaben	123
G. Zeitliche Schranken	125
1. Einleitung	125
2. Schadensgutmachung bei selbst zu berechnenden Abgaben	125
a) Einleitung	125
b) Definition selbst zu berechnender Abgaben	126
c) Eigenständige abgabenrechtliche Beurteilung des Sachverhaltes	127
d) Beginn der Monatsfrist	127

e) „Tatsächliche“ Entrichtung bis Ende der Monatsfrist	128
f) Berechnung der Monatsfrist	129
g) Berechnung der Monatsfrist bei Bescheidbeschwerde	130
3. Schadensgutmachung in allen übrigen Fällen	130
a) Einleitung	130
b) Definition von „alle übrige Fälle“	130
c) Beginn der Monatsfrist	130
d) „Tatsächliche“ Entrichtung bis Ende der Monatsfrist	133
e) Berechnung der Monatsfrist	133
f) Berechnung der Frist bei Bescheidbeschwerde	133
4. Schadensgutmachung bei gestatteten Selbstberechnungen ...	134
a) Gesellschaftsteuer	134
b) Grunderwerbsteuer	135
5. Schadensgutmachung bei der USt als Mischabgabe	135
H. Möglichkeiten bei Fristversäumnis	136
I. Personen, welche Schadensgutmachung leisten können oder müssen	137
1. Einleitung	137
2. Schadensgutmachung durch jegliche Person	137
3. Schadensgutmachung bei Haftung	138
a) Betroffene Haftungsverhältnisse	138
b) Schadensgutmachung bei Haftung nach § 11 BAO	141
aa) Einleitung	141
bb) Tatbestandsmerkmale für die Haftung	141
cc) Rechtsansicht des OGH und Teilen der Literatur	142
dd) Kritik an der Rechtsansicht des OGH	143
c) Schadensgutmachung bei Haftung nach § 9 BAO	144
4. Praxishinweis	146
J. Zuständige Behörden	146
K. Möglichkeiten zur Schadensgutmachung	147
1. Einleitung	147
2. Zahlung (Verrechnungsanweisung)	148
3. Aufrechnung mit Guthaben	149
4. Nachsicht, Löschung	150
5. Insolvenzverfahren	152
a) Sanierungs- bzw Abschöpfungsverfahren	152
b) Wiederaufleben der Strafbarkeit	154
6. Aussetzungsantrag nach § 212a BAO	155
L. Schadensgutmachung und Zahlungserleichterung	156
1. Einleitung	156
2. Antragslegitimierte Personen für ZE-Anträge	157
3. Notwendige Form des Antrages und deren Erledigung	158

4. Zuständige Behörden	159
5. Rechtzeitigkeit des ZE-Ansuchens und Konsequenzen bei Ablehnung	160
a) Einleitung	160
b) Fristen für ZE-Ansuchen bei Veranlagungsabgaben, Konsequenzen bei Ablehnung	162
c) Fristen für ZE-Ansuchen bei Selbstbemessungsabgaben, Konsequenzen bei Ablehnung	162
6. Beginn und Berechnung der Zweijahresfrist	163
a) Keine Beschwerde	163
b) Beschwerde und ZE-Antrag	164
aa) Einleitung	164
bb) Selbstbemessungsabgaben	164
cc) Abgaben, welche keine Selbstbemessungsabgaben sind	164
7. Ermessensausübung bei der Bearbeitung des Antrages	165
8. Folgen von (teilweisen) Terminverlusten	166
9. Folgen bei Gewährung einer die Zweijahresfrist über- steigenden Frist	166
M. Prozessuale Aspekte	167
VIII. Rechtzeitigkeit der Selbstanzeige – Beurteilungskriterien	167
A. Einleitung	167
B. Relevanter Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtzeitigkeit	168
C. Auslegung der Ausschlussgründe	169
IX. Rechtzeitigkeit: Keine Betretung auf frischer Tat	170
X. Rechtzeitigkeit: Keine Verfolgungshandlung	171
A. Einleitung	171
B. Beginn und Ende der Sperrwirkung	172
1. Beginn der Sperrwirkung	172
2. Ende der Sperrwirkung	172
a) Einleitung	172
b) Verwaltungsbehördliche Zuständigkeit	173
c) Gerichtliche Zuständigkeit	174
C. Reichweite der Sperrwirkung	175
D. Betroffener Personenkreis	175
E. Anforderungen an die Verfolgungshandlung	176
1. Einleitung	176
2. Beurteilung unterliegt der freien Beweiswürdigung	177
3. Begriff der „Tat“	178
a) Einleitung	178

b) Österreichische Literatur- bzw Judikaturansichten	180
c) Deutsche Literatur- bzw Judikaturansichten	181
d) Teleologische Interpretation	182
e) Vergleich der einzelnen Sperrwirkungen	183
f) „Ne bis in idem“	183
g) Zusammenfassung/Praxishinweis	184
4. Konkretisierung der Tat bzw des Sachverhaltes	185
5. Außenwirkung der Verfolgungshandlung	186
6. Konkretisierung einer Person als Täter	189
7. Prüfung in einer den Verfahrensvorschriften vorgesehenen Weise	190
8. Rechtmäßigkeit der Verfolgungshandlung	192
9. Anforderungen an Vorhalte	194
F. Verfolgungslegitimierte Personen bzw Behörden	196
G. ABC der Verfolgungshandlungen nach § 14 Abs 3	199
 XI. Rechtzeitigkeit: Keine Tatentdeckung und Kenntnis des Täters	
davon	205
A. Einleitung	205
B. Beginn und Ende der Sperrwirkung	206
1. Beginn der Sperrwirkung	206
2. Ende der Sperrwirkung	206
a) Einleitung	206
b) Entdeckung auch des subjektiven Tatbestandes	206
c) Entdeckung lediglich des objektiven Tatbestandes	207
d) Erstattung einer Selbstanzeige	209
C. Reichweite der Sperrwirkung	209
D. Anforderungen an die „Entdeckung der Tat“	210
1. Einleitung	210
2. Beurteilung unterliegt der freien Beweiswürdigung	210
3. Begriff der „Tat“	210
a) Einleitung	210
b) Österreichische Literatur- bzw Judikaturansichten	210
c) Deutsche Literatur- bzw Judikaturansichten	211
d) Teleologische Interpretation	212
e) „Ne bis in idem“	212
f) Zusammenfassung/Praxishinweis	212
4. Anforderungen an die „Entdeckung“ der Tat	212
a) Entdeckung hinsichtlich der „objektiven Tatbestands- merkmale“	212
b) „Entdeckung“ der Tat	214
c) „Teilweise Entdeckung“ der Tat	216

d) Tatentdeckung ohne Täterentdeckung	218
5. Anforderungen an Erinnerungen/Kontrollmitteilungen/ Bedenkenvorhalt	218
a) Zusendung von Erinnerungen/Steuererklärungen	218
b) Automatische Zusendung von Erinnerungen	219
c) Kontrollmitteilungen	220
d) Bedenkenvorhalt	221
6. Tatentdeckung iZm der liechtensteinischen bzw schweizerischen DVD	222
E. „Kenntnis“ der Tatentdeckung durch „Anzeiger“	223
1. Subjektive Komponente der Kenntnis von der Tatentdeckung	223
2. Art und Weise der Kenntniserlangung	224
3. Kenntnis des „Anzeigers“ von der Tatentdeckung	225
4. Kenntniserlangung bei mehreren Tätern	226
5. Beweislast für die Kenntnis des Anzeigers	226
F. „Entdecker“ der Tat	227
1. Entdeckungslegitimierte Behörden bzw Organe	227
2. Tatentdeckung durch Selbstanzeige an eine unzuständige Behörde	228
G. Tatentdeckung durch Darlegung/Offenlegung der bedeutsamen Umstände	229
H. Anforderung bei Verstoß gegen Zollvorschriften	229
XII. Rechtzeitigkeit: Finanzbehördliche Prüfungen	231
A. Einleitung – Abgrenzung zu den anderen Sperrwirkungen	231
B. Beginn und Ende der Sperrwirkung	231
1. Beginn der Sperrwirkung	231
2. Ausdehnung bzw Einschränkung des Prüfungsauftrages/ Umstellung der Rechtsgrundlage	234
3. Ende der Sperrwirkung	235
C. Reichweite der Sperrwirkung	237
1. Prüfungsauftrag	237
2. Subjektive Tatseite	237
3. Prüfungshandlungen	238
4. Sperrwirkung für Beitrags- bzw Bestimmungstäter	239
5. Prüfung bei Mitunternehmenschaften	241
D. Praxishinweis	242
XIII. Rechtzeitigkeit: Abgrenzung § 29 Abs 3 lit b zweiter Fall und § 29 Abs 3 lit c	243

XIV. Rechtzeitigkeit: Keine wiederholte Selbstanzeige	243
A. Einleitung	243
B. Beginn und Ende der Sperrwirkung	244
C. Reichweite bzw Anforderungen an die Sperrwirkung	244
1. Vorliegen einer ersten Selbstanzeige	244
2. Selbstanzeige hinsichtlich „desselben Abgabenanspruches“ ...	246
a) Allgemeine Ausführungen zum Abgabenanspruch	246
b) Abgabenanspruch iSd Sperrgrundes	248
c) Abgabenanspruch bei Abfuhrabgaben	249
aa) Abgabenanspruch dem Grunde nach	249
bb) Relevanter Zeitraum bzw Transaktion	250
cc) Relevanter Steuerschuldner	251
dd) Exkurs: Abgabenanspruch bei den Lohnneben-	
kosten	251
ee) Zusammenfassung	252
d) Abgabenanspruch bei Mitunternehmenschaften	253
e) Abgabenanspruch bei Unternehmensgruppen	255
3. Täterbezogene Einschränkung	256
D. Keine Sperrwirkung für Vorauszahlungen	258
1. Einleitung	258
2. Definition von „Vorauszahlungen“	258
3. Abwarten etwaiger Sperrwirkungen	258
4. Wiederholte Selbstanzeige für identen USt-Voranmeldungs-	
zeitraum	259
5. Selbstanzeige für USt-VZ-Delikt und erneut durch	
USt-Jahreserklärung	259
6. Selbstanzeige durch USt-Jahreserklärung	260
7. Erneute Selbstanzeige durch USt-Jahreserklärung oder	
Schriftsatz	260
E. Praxishinweis	261
XV. Rechtzeitigkeit: Meldeverpflichtung nach § 121a BAO	261
XVI. Verfall von Monopolgegenständen	262
XVII. Täternennung bzw Person des Anzeigers	262
A. Einleitung	263
B. Selbstanzeige in Form eines Schriftsatzes	263
1. Natürliche Personen als Täter	263
a) Personen, für die die Selbstanzeige erstattet wurde	263
b) „Anzeiger“	267
2. Verbände als Verantwortliche	270
C. (Konkludente) Selbstanzeigen in Form von Steuererklärungen ...	272

1. Einleitung	272
2. Natürliche Person als Täter	272
a) Personen, für die die Selbstanzeige erstattet wurde	272
b) „Anzeiger“	273
3. Verbände als Verantwortliche	275
D. Erforderlicher Umfang der Täternennung	275
1. Vollständige Täternennung	275
2. Teilweise Täternennung	275
3. Täternennung bei abgabenrechtlich verjährten Abgaben	275
E. Praxishinweis	276
XVIII. Abgabenerhöhung bei Prüfungen	277
A. Einleitung	277
B. Normzweck	278
C. Systematische Einordnung	278
D. Anwendungsvoraussetzungen	279
1. Einleitung	279
2. Zeitlicher Anwendungsbereich	280
a) Beginn: Selbstanzeigen „anlässlich“ von Prüfungshandlungen	280
b) Ende: Selbstanzeigen nach Ende der Prüfungshandlungen	281
c) Selbstanzeigen für abgabenrechtlich verjährte Zeiträume	281
3. Betroffener Abgabensanspruch	282
4. Relevante Prüfungshandlungen	284
5. Notwendige subjektive Tatseite	284
6. Betroffene Tätergruppen	285
E. Basis für die Abgabenerhöhung – Anspruchsverzinsung	285
F. Staffelung der Abgabenerhöhung	286
G. Beurteilung der Voraussetzungen und bescheidmäßige Vorschreibung	287
H. Rechtsmittel gegen den Zuschlag	289
I. Zahlungsfrist für die Abgabenerhöhung	289
J. Teilwirksamkeit der Selbstanzeige	290
K. Zusammenspiel der Abgabenerhöhung mit den Sperrwirkungen	291
1. Einleitung	291
2. Zeitraum vor Anmeldung bzw Bekanntgabe der Prüfung	291
3. Zeitraum nach Anmeldung bzw Bekanntgabe der Prüfung bis Beginn der Prüfung	291
4. Beginn bis Ende der Prüfung	291

5. Ende der Prüfung	292
6. Grafische Zusammenfassung	292
L. Ertragsteuerliche Behandlung	292
M. Praxishinweis	292
XIX. Umsatzsteuerjahreserklärung als Selbstanzeige	293
A. Einleitung	293
B. Reichweite der Regelung	293
1. Einleitung	293
2. Umfasste Finanzvergehen	293
3. (Konkludente) Darlegung der Verfehlung bzw Offenlegung der bedeutsamen Umstände	293
4. Schadensgutmachung bzw Täternennung	296
XX. Verfahrensrechtliche Fragestellungen	297
A. Beurteilung der Wirksamkeit/Berichtspflichten an die StA	297
B. Frist für Entscheidungspflicht über die Selbstanzeige	298
C. Einleitung des Finanzstrafverfahrens trotz Selbstanzeige	300
1. Eindeutig wirksame Selbstanzeige	300
2. Nicht eindeutig wirksame Selbstanzeige	301
D. Prozessuale Durchsetzung der Wirksamkeit der Selbstanzeige	301
1. Einleitung	301
2. Verwaltungsbehördliche Zuständigkeit	301
3. Gerichtliche Zuständigkeit	302
a) Einleitung	302
b) Einstellung des Ermittlungsverfahrens aufgrund der Selbstanzeige	302
c) Freispruch nach § 214 durch das Gericht aufgrund der Selbstanzeige	303
d) Nichtigkeitsbeschwerde an den OGH	303
E. Auswirkung der Selbstanzeige auf die Ablaufhemmung der Verjährung nach § 31 Abs 3	304
XXI. Einzelfragen	306
A. Verhältnis § 29 zu abgabenrechtlichen Bestimmungen	306
1. Einleitung	306
2. Bemessungsverjährung	306
3. Verspätungszuschläge	307
4. Anspruchszinsen	307
5. Säumniszuschläge	307
6. Einbringungsmaßnahmen	308
B. Fehlgeschlagene Selbstanzeige	308
1. Einleitung	308

2. Teilwirksamkeit	308
3. Gründe für unwirksame Selbstanzeigen	308
4. Unwirksame Selbstanzeige als Milderungsgrund	308
5. Fehler auf Seiten des beauftragten Beraters	310
6. Mangelnde Strafwürdigkeit der Tat	311
C. Selbstanzeige für Finanzvergehen iZm verdrängten Straftaten ..	313
1. Einleitung	313
2. Konsequenzen für die verdrängten Straftaten	314
3. Praxishinweis	317
D. Einkommensteuerliche Behandlung von Beratungskosten iZm einer Selbstanzeige	317
1. Einleitung	317
2. Betriebsausgaben/Werbungskosten	318
a) Judikatur- bzw Gesetzesentwicklung	318
b) Abgrenzung Beratungs- und Verteidigungskosten	319
c) Verfahren endet mit Schuldspruch	320
d) Verfahren endet mit Freispruch bzw wird eingestellt	321
e) Einstellung des Verfahrens wegen wirksamer Selbst- anzeige	322
f) Exkurs: Kosten aus einem Verfahren nach dem VbVG ...	322
3. Sonderausgaben	323
4. Außergewöhnliche Belastung	324
E. Pflichten und Rechte des Beraters bei Finanzvergehen seiner Mandanten	325
1. Pflicht zur Aufklärung über die Selbstanzeigemöglichkeit	325
2. Recht auf eigene Selbstanzeige	325
F. Anzeige zum Ausschluss der Haftung nach § 28	325
1. Einleitung	325
2. Anzeige zum Erlöschen der Haftung	326
G. (Selbst)Anzeige zum Ausschluss der Haftung nach § 15 BAO bzw der Strafbarkeit	326
1. Einleitung	326
2. Anzeige zum Erlöschen der Haftung und Strafbarkeit	327
Anhang	329
Stichwortverzeichnis	333